



Niederschrift

40. Plenarsitzung des Gemeinderates
28. Juni 2022, 15:30 Uhr
öffentlich
Bürgersaal, Rathaus am Marktplatz
Vorsitzender: Oberbürgermeister Dr. Frank Mentrup

2.

Außerhalb der Tagesordnung: Situation Gaspreisentwicklung

Der Vorsitzende: Vor Einstieg in die Tagesordnung hatte ich Ihnen mitgeteilt, dass ich Ihnen gerne sozusagen einen kleinen Bericht aus Berlin geben möchte, angereichert um ein paar Informationen aus der Region. Ich hatte die Möglichkeit, letzte Woche zwei Tage mit dem Vorstand des Städtetags Baden-Württemberg in Berlin insgesamt fünf Ministerien zu besuchen. Wir haben dort jeweils mit der Staatssekretär*innenebene längere Gespräche geführt. Es gab auch ein längeres Gespräch mit den Referent*innen des Deutschen Städtetags, und dann gab es anschließend noch zwei Tage in Berlin, an denen der Hauptausschuss des Deutschen Städtetags getagt hat. Aus diesen ganzen Gesprächen drängt es mich doch, Ihnen einen kleinen Bericht zu geben, weil meine Wahrnehmung ist, dass zum Thema der Energieversorgung und insbesondere der Gasversorgung die Situation in Berlin mittlerweile wesentlich kritischer eingeschätzt wird, als das bisher - zumindest bis letzte Woche - auch in der öffentlichen Darstellung bei uns so angekommen ist. In den letzten Tagen ist doch sehr viel darüber berichtet worden. Aber ich will Ihnen trotzdem ein paar Informationen aus diesen Gesprächen nicht vorenthalten. Diese Gespräche haben natürlich alle einen relativ vertraulichen Charakter gehabt. Deswegen will ich jetzt keine Namen nennen, sondern Ihnen einfach meine Wahrnehmungen rückmelden.

Es wird in Berlin schon relativ sicher davon ausgegangen - das finden Sie aber auch schon in der Presse wieder, das war aber letzte Woche noch nicht so -, dass es ab 11. Juli noch mal zu einer dramatischen Reduzierung der Gaslieferungen kommt. Das hat damit zu tun, dass Nord Stream 1 dann in die Revision muss. Man rechnet damit, dass diese Revision ergeben wird, dass es technische Schwierigkeiten gibt, sodass man Nord Stream 1 gar nicht mehr wieder an das Netz hängen kann. Das bedeutet noch einmal einen dramatischen Einbruch der Gaslieferungen. Beruhigend ist, dass sowohl unsere Stadtwerke, ich habe heute mit Herrn Homann gesprochen, als auch die Berliner Situation so ist, dass wir trotzdem noch gut über den Sommer kommen. Im Moment füllen wir auch Tag für Tag die Gasspeicher. Da ist der entsprechende Füllungsstand im Moment schon bei über 59 Prozent, und das ist etwas, worauf wir immer zurückgreifen können. Aber mit dem Beginn der Heizperiode ist im Moment völlig unabsehbar, ob am Ende das dann ausreichen oder nicht ausreichen wird.

Die zweite Rückmeldung, die ich in Berlin bekommen habe, war, dass man mit einer Initiative des Bundes über 7 Milliarden Euro bereitgestellt hat, um die Lieferengpässe von Wingas - Wingas ist wohl ein Unternehmen, das sehr viele Stadtwerke in Deutschland beliefert, nicht unser Stadtwerk – zu überbrücken und damit, aus der Wahrnehmung der Berliner Ministerien, die Stadtwerke jetzt erst einmal aus dem Größten raus sind. Das konnten wir als kommunale Vertreter vor Ort nicht so ganz nachvollziehen. Wir haben sehr deutlich gemacht, dass wir dringend weitere Maßnahmen brauchen, um die Stadtwerke zu stabilisieren, weil die Stadtwerke jetzt in mehrfacher Hinsicht unter Druck geraten. Selbst wenn die Beschaffungsprobleme gelöst sind für die Stadtwerke, das war das aktuelle Problem mit Wingas, dann haben wir nach wie vor das Problem, dass wir mit weiter steigenden Preisen rechnen müssen. Wir werden auch in unseren Stadtwerken noch einmal eine nächste Preisrunde für den Herbst diskutieren müssen. Wir haben es mit Kundinnen und Kunden zu tun, die ursprünglich in der Vorsorgeplanung nicht drin waren. Das kennen Sie alle, dass wir als Pflichtversorger Kundinnen und Kunden aufgenommen haben, die bei anderen Versorgern nicht mehr versorgt wurden.

Wir haben auch die Aussage aus einem Ministerium, dass möglicherweise die Gasnetze dauerhaft so nicht mehr gebraucht werden. Das löst in der kommunalen Familie die Angst aus, dass jetzt die Wirtschaftsprüfer auch noch anfangen, die Gasnetze abzuschreiben oder wertzuberechnen, was dann bilanziell natürlich auch noch einmal ein riesiges Loch aufreißen würde. Da sind wir aber gerade dabei, das ein bisschen abzufangen, weil für eine doch noch längere Zeit aus unserer Sicht die Gasnetze bis in die Haushalte hinein dringend gebraucht werden. Wir haben natürlich das Problem, wir werden das auch hier diskutieren, dass es bis zum Ende des Jahres eine Wärmeplanung geben soll für die Stadt. Die Wärmeplanung macht natürlich nur Sinn, wenn ich anschließend die Wärmeplanung auch umsetze. Da geht es um Nahwärmenetze, da geht es um ganz viel neue Infrastruktur. Wenn die Stadtwerke finanziell eh kaum in der Lage sind, mit dieser Situation klarzukommen, können sie erst recht nicht in den nächsten Jahren in Wärmenetze investieren. Das heißt auch, das ganze Thema Umrüsten unserer Stadtwerke auf erneuerbare Energien ist etwas, was mittelfristig durchaus gefährdet ist. Dann kommt noch die kommunale Situation dazu. Ich kenne eigentlich keine einzige größere Stadt, wo es nicht so ist, dass aus den Stadtwerken heraus auch ein Stück weit der ÖPNV querfinanziert wird. Das heißt, die Finanzkrise der Stadtwerke löst am Ende auch noch eine stärkere Finanzkrise im ÖPNV und in den städtischen Haushalten aus.

Das Ganze wird noch ergänzt durch ein Beispiel, das ich am letzten Samstag auf einer SGK-Landeskonferenz mitbekommen habe. Dort wurde mir von einem kleineren Stadtwerk in Baden-Württemberg berichtet, das im Moment nicht in der Lage ist, die erhöhten Gaspreise zu bezahlen und dann das Gas an die Kundinnen und Kunden zu liefern. Dafür bräuchte dieses Stadtwerk eine Bürgschaft. Diese Bürgschaft bekommt dieses Stadtwerk nicht, weil es für laufende Geschäfte keine Bürgschaften gibt von der Kommunalverfassung her. Das heißt, wenn hier nicht bald der Bund mit entweder einer Übernahme von Bürgschaften, egal auf welcher politischen Ebene, oder aber auch der Möglichkeit, wie Sie das aus Corona-Zeiten kennen, dass man nicht insolvent gehen kann, reagiert, dann droht kleineren Stadtwerken eventuell das Aus. Das betrifft uns jetzt in Karlsruhe nicht, ich denke, auch nicht hier in der Region, aber es ist ein Befund, der nach meiner Wahrnehmung in Berlin noch nicht wahrgenommen wurde. Sie wissen alle, was für wichtige Rollen Stadtwerke spielen für die regionale Identität, die kommunale und vieles mehr. Hier kann man nur dringend appellieren, dass man Wege findet, das zu verhindern, und diese Erkenntnis, dass man etwas tun muss, war zumindest letzte Woche in Berlin in meiner Wahrnehmung noch nicht so weit verbreitet.

Es gibt auch die Aussage aus dem Wirtschaftsministerium in Berlin, es muss im Winter keiner frieren. Aber wenn man sich dann anschaut, was die Unklarheit der Gasversorgung im Herbst bedeuten kann, dann muss man sich mit dem sogenannten Notfallplan Gas für die Bundesrepublik Deutschland auseinandersetzen. Da haben Sie mitbekommen, dass am 23. Juni das Wirtschaftsministerium in Berlin die Alarmstufe ausgerufen hat. Es gibt die Frühwarnstufe, die Alarmstufe, und es gibt die Notfallstufe. Im Rahmen dieser Alarmstufe ist es durchaus möglich, noch einmal preisregulierend einzugreifen. Das behält sich im Moment die Bundesebene noch vor. Aber wenn es zu dieser Notfallstufe kommt, unterscheidet man ab da zwischen sogenannten geschützten Kunden und nicht-geschützten Kunden. Dann würde die Bundesnetzagentur etwa eine Vorgabe geben, dass die sogenannten nicht-geschützten Kunden nur noch partiell oder gar nicht mehr mit Gas beliefert werden. Sollte aber auch das nicht ausreichen, dann wird an die Gruppe der geschützten Kunden herangegangen. Geschützte Kunden sind nach dem entsprechenden Energiewirtschaftsgesetz Haushaltskunden, Letztverbraucher, kleinere und mittlere Unternehmen, soziale Dienste, Fernwärmeanlagen, die Wärme für die unter 1 und 2 genannten Kunden liefern und keinen Brennstoffwechsel vornehmen können, also eine relativ große Gruppe. Die Stadtwerke sind im Moment dabei, mit den großen Industriebetrieben, weil die alle unter die Kategorie ungeschützte Kunden fallen würden, zu klären, inwieweit oder für was dort das Gas verwendet wird. Denn man unterscheidet dann bei den Industriekunden auch noch, welche Gasmengen sind zur Erwärmung der Mitarbeiterbüros nötig, welche brauche ich zur Produktion, und bei der Produktion selber wird noch einmal unterschieden, was ist am Ende für die Gesundheitsversorgung der Bevölkerung relevant oder nicht. Es nutzt ja nichts, wenn wir den Krankenhäusern Gas liefern, aber die Pharmaindustrie kann Medikamente nicht bereitstellen, weil sie ihre Produktion runterfahren mussten. Auch bei dem immer gerne zitierten Beispiel der BASF geht es am Ende nicht nur darum, ob die Äthylen herstellen oder nicht, sondern es geht auch um viele Vorprodukte der Pharmaindustrie. Insofern klingt das im ersten Moment simpel zu sagen, wir schalten die großen Produktionsanlagen ab, aber im Fall der BASF geht das nicht mal so. Vor allem kann man sie nicht einfach per Knopfdruck wieder anstellen. Wir haben dort auch Produktlinien, die wiederum eigentlich unter den geschützten Bereich fallen. Man muss sich sowieso generell überlegen, ob man am Ende eine Produktionsanlage für 30.000 Arbeitsplätze abschaltet, die man auch nicht einfach wieder anschalten kann. Aber das jetzt nur als Beispiel dafür, dass das eine relativ komplizierte Betrachtung ist.

Im Falle dessen, dass wir an diesen Kreis der geschützten Kunden heran müssten, obliegt nach derzeitigem Stand auch den Stadtwerken vor Ort ein gewisser Ermessensspielraum, in welcher Technik gehe ich denn jetzt an diese verschiedenen geschützten Kundengruppen heran. Das finde ich für uns kommunalpolitisch schon auch eine ziemliche Herausforderung, sich auf so ein Szenario einzustellen, in welcher Reihenfolge oder in welchem Maß oder für welche Anwendungen rationieren wir die Gasversorgung. Da gibt es im Moment auch Gespräche, dass man bundesweite Pläne erarbeitet, damit es nicht der Einzelentscheidung vor Ort überlassen ist. Aber das ist etwas, was im Moment erst im Werden ist.

Ich ziehe daraus folgende Konsequenzen und würde Sie einfach bitten, uns gegebenenfalls auch zu unterstützen. Wir haben es dann vom Vorstand des Baden-Württembergischen Städtetags nach diesen Tagen für nötig befunden, zu fordern, dass es im Sommer einen großen nationalen Gipfel geben muss aus allen drei politischen Ebenen, Bundespolitik, Landespolitik, Kommunalpolitik, damit jede dieser Ebenen in dreifacher Hinsicht noch einmal darstellt, was man gegen diese Energiemangelsituation zu tun gedenkt und wie man damit umgehen kann. Es ist

natürlich jetzt schwierig, wenn die kommunale Seite Panik kriegt und sagt, das ist alles ganz furchtbar, weil wir letztlich die wenigsten Stellschrauben haben, um überhaupt irgendwas zu regulieren. Ich halte es für sinnvoll, dass es bei einem solchen gemeinsamen Gipfel auch konkrete Vorschläge gibt, wie man Energie einsparen kann, welche Parameter man auch bereit ist, infrage zu stellen und auch, welche Vorschläge man denn jeweils den nachgeordneten politischen Ebenen macht, um hier auch tätig zu sein. Ich glaube, reine Energiesparappelle, wie wir das seit, glaube ich, 50 Jahren kennen, nutzen alleine nichts, sondern wir müssen auch der Bürgerschaft gegenüber deutlich machen, dass wir es hier möglicherweise mit einer sehr ernst zu nehmenden Mangellage zu tun haben, die nur durch eine konzertierte Aktion aller politischer Ebenen in Abstimmung mit allen anderen, behoben werden kann. Wir würden dann natürlich schauen, dass wir IHK, Handwerkskammer und solche Verbände dazunehmen. Das hängt jetzt davon ab, ob Bund und Land bei so einem Gipfel die Regie in die Hand nehmen. Wir können nicht als Kommunen so einen Gipfel ausrufen.

Der zweite Punkt, den ich gerne angehen möchte, ist, dass wir uns noch mal über die Sommerpause mit den Stadtwerken und verschiedenen anderen zusammentun und überlegen, was können wir denn unseren Bürgerinnen und Bürgern raten, wie sie Energie einsparen können. Das schont am Ende dann auch den Geldbeutel, trotz vielleicht steigender Nebenkosten. Es wäre auch ein Beitrag, den jeder leisten kann. Ich habe das für meinen eigenen Haushalt so überlegt. Ich weiß zum Beispiel nicht, ob ich im Sommer einfach ein paar Wochen meine Warmwasserversorgung abstellen kann, ob ich dann mich nicht anschließend mit Legionellen herum-schlagen muss, wenn ich ihn wieder anstelle und lauter solche Fragestellungen. Wenn man dann in etwas konkretere Ideen reinkommt, merkt man - mir geht es zumindest so - jetzt nicht die große Kompetenz in diesem Bereich hat. Deswegen wäre es, denke ich, gut, wenn wir uns im Sommer einmal zusammensetzen und einen möglichen Katalog entwickeln, wie jeder, was jeder für sich selber tun kann, um hier etwas zu erreichen und das vielleicht auch in ein paar knackige Ziele knüpfen, was weiß ich, ich versuche, 10 Prozent meiner Energiemenge zu reduzieren. Wir müssten auch überlegen, was wir im Rathaus machen können. Wir müssen überlegen, was wir in Schwimmbädern machen können und, und, und. Es gibt verschiedene Bereiche, wo wir auch als Stadt einen gewissen Einfluss nehmen, durchaus auch als symbolische Ansage, jeder sollte für sich etwas dazu beitragen. Daneben reduziert es auch die Kosten, was, glaube ich, sowieso auch schon alleine eine gute Motivation ist.

Bei diesem Bundesgipfel der drei Ebenen sollte es um drei Bereiche gehen, nämlich einmal um den Bereich, was kann man zum Energieeinsparen gemeinsam in Bewegung setzen, wie kriegen wir die ganzen Prozesse der Umstellung auf erneuerbare Energien noch mal beschleunigt. Da passiert im Moment in Berlin sehr viel, aber das dauert natürlich seine Zeit, bis das durchschlägt. Der dritte Punkt wäre, wie gehen wir mit dieser Energiemangellage um, sodass nicht jede politische Ebene mit einer anderen Botschaft herumläuft. Ich glaube, dass eine abgestimmte Kommunikation zwischen allen politischen Ebenen wichtiger ist denn je.

Mein dritter Punkt dann am Ende ist, dass wir uns mit den Stadtwerken der Umgebung zusammensetzen. Die Stadtwerke stimmen sich untereinander ab, die rücken näher beisammen, und wir würden natürlich auch eine Energieeinsparoffensive versuchen, in der ganzen Region auszubringen, damit es auch noch einmal einen nachhaltigeren Effekt hat. Wenn es darüber hinaus noch weitere Ideen gibt, bin ich immer offen. Ich würde mich freuen, wenn wir in eine dann auch an der richtigen Stelle entsprechende Diskussion kommen. Mir war jetzt einfach nur wichtig, Ihnen deutlich zu machen, dass ich noch eine hohe Diskrepanz sehe zwischen dem, mit

welcher Ernsthaftigkeit in Berlin an Notlagenvorbereitung gearbeitet wird und dem, wie wir hier vor Ort noch vor uns hinleben und wirtschaften, dass es aber unmittelbar schon alleine über den Preis massive Auswirkungen auch auf unsere Stadtwerke und deren Kundinnen und Kunden haben wird über das bisher Beschlossene hinaus, und dass wir uns aus meiner Sicht in einer ganz ruhigen und vernünftigen Weise auf eine solche Mangellage vorbereiten sollten, vielleicht aber auch ganz viel dafür tun können, sie zu verhindern. Da sollten wir die Optionen nutzen, die uns möglich sind.

Ich werde immer ein bisschen gewarnt, ich soll keine Panik schüren oder sonst was tun. Ich finde aber, es ist angemessen, dass man über die Einschätzung der Situation objektiv berichtet. Es tut uns, glaube ich, am Ende allen gut, wenn wir auch den Bürgerinnen und Bürgern deutlich machen können, wir haben mit dieser Option auch rechnen müssen. Sie ist jetzt eingetreten und wir haben uns rechtzeitig Gedanken gemacht, wie weit unsere Handlungsmöglichkeiten sind und sind auch mit euch rechtzeitig in ein entsprechendes Gespräch gegangen.

Das war mein kleiner Bericht aus Berlin, durchaus auch mit subjektiven Elementen. Aber ich hätte es jetzt als unverantwortlich empfunden, wenn ich dieses Gefühl Ihnen nicht einfach weitergebe, dass wir uns im Sommer ordentlich zusammenraufen müssen und vorbereiten. Sollte es am Ende nicht so kommen, ist es ja gut. Schön wäre auch, wenn aus dieser ganzen Notlage heraus Prozesse beschleunigt werden zugunsten des Klimawandels, nicht nur zulasten des Klimawandels, wie wir es mit den Kohlekraftwerken dann doch noch einige Monate wohl brauchen, sodass vielleicht am Ende aus dieser Krise noch eine Beschleunigung für bestimmte Umstellungsmaßnahmen oder Umstellungsprozesse entsteht. Im Moment geht es aber erst einmal darum, einen weitestgehenden Schaden abzuwenden. Wenn wir das beides vielleicht sogar durch vernünftige strategische Planung miteinander kombiniert kriegen, dann hätte es hinten raus noch weitergehende positive Effekte.

Das als Information von mir. Vielen Dank, dass Sie mir so aufmerksam zugehört haben. Wir werden dann in den entsprechenden Gremien, ich denke auch Hauptausschuss, ich denke Aufsichtsrat, Stadtwerke und anderswo dann immer wieder daran anknüpfend berichten. Sollte es unter der Zeit irgendetwas Besonderes geben, würde ich Sie informieren. Da können Sie sich drauf verlassen.

Zur Beurkundung:
Die Schriftführerin:

Hauptamt - Ratsangelegenheiten –
11. Juli 2022